
Sibylle Plogstedt:

Gleichberechtigung: Die Frauen üben erst

Dr. Sibylle Plogstedt, geb. 1945 in Berlin, ist Redakteurin bei der sozialdemokratischen Wochenschrift „Vorwärts“.

Theodor Gottlieb von Hippel war Bürgermeister, Geheimer Kriegsrat und Stadtpräsident in Königsberg. Ab und an versuchte es der wackere Würdenträger des ausgehenden 18. Jahrhunderts mit der Schriftstellerei. Sein Thema war das, was Männer seit eh und je beschäftigt: die Beziehungen zwischen den Geschlechtern. „Ein Frauenzimmer ist ein Konsonans, den man ohne Mann nicht aussprechen kann“, schrieb der Frauenverächter 1774. Und: „Die Weiber können nach den Rechten nicht viel mehr ohne Vormund und Beyhülfe thun, als zu Bette gehen“. Weibermacht ist ihm ein Graus: „Von Regentinnen rede ich nicht, denn diese hören auf, Frauen zu seyn, so bald sie den Thron besteigen.“ (Eine frühe Vorausahnung von Margret Thatcher).

Eine Mary Wollstonecraft mit ihrer „Verteidigung der Rechte der Frauen“, eine Olympe de Gouges, die 1789 zusammen mit vielen Pariserinnen beantragte, der proklamierten Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit auch die Schwesterlichkeit hinzuzufügen, waren nicht nur Zeitgenossinnen Theodor Gottlieb von Hippeis. Sie fanden Gehör, sogar in Königsberg. Hippel schrieb seine Bücher über die Frauen um. Der geistige Schwachsinn des Weibes wird nun zum Einfluß der Kultur. An Stelle des unaussprechlichen Konsonanten „Frau“ trat in der vierten Buchaufgabe: „Was giebt den Männern das Recht, die Weiber für nicht viel mehr als einen (moralischen) leeren Raum oder einen geometrischen Körper zu halten, der zwar ausgedehnt ist, allein nicht die Ehre hat, das zu besitzen, was man Materie und Undurchdringlichkeit nennt!“ Vom Unterdrücker zum Emanzipator, alle Wandlungen sind möglich, wenn es denn an der Zeit ist. Emanzipator Hippel: „Man gebe ihm (dem Weib) aber seine Rechte wieder, und man wird sehen, was es ist und was es werden kann.“

Fast fühlt man sich an die aktuelle Quotendiskussion erinnert, die ja auch erstaunliche Kehrtwendungen hervorbringt. Wer schon wieder an Oskar Lafontaine denkt, ist selber schuld. Denn das „Frau sein allein reicht nicht“ ertönte von so manchem einflußreichen Politiker, wenn die Kandidatinnenkür an einer ihm unbequemen Frau gewesen wäre. Viele Frauen - sieht man von den passionierten Einzelkämpf erinnern ab - wurden dauerhaft abgeschreckt. Der Angriff gerade auf die sogenannten starken Frauen hatte bewirkt, daß keine sich mehr traute, frei nach dem Motto: „Wenn der das schon passiert.“ Während der Quotendiskussionen vor dem Münsteraner Parteitag der SPD kommt von Seiten der Männer immer wieder als Argument, daß Frauen nicht kandidieren wollten: „Wir haben es ja versucht, aber bei uns hat sich keine Frau bereitgefunden.“ Vielleicht sind die Strukturen, da wo sie

männlich dominiert sind, nach wie vor für Frauen so abschreckend, daß diese keine Chance sehen, eigene Rechte überhaupt wahrzunehmen.

Anke Fuchs hat diese Beobachtung Ende 1987 vor dem Parteirat der SPD so ausgedrückt: „Im siebzigsten Jahr des Wahlrechts geben wir den Frauen das passive Wahlrecht.“ Das bedeutet, obwohl dieses Recht de jure seit 1918 besteht, kann es von der Mehrzahl der Frauen nicht wahrgenommen werden.

Spätestens mit dem zweiten Gleichheitsanlauf nach 1945 im Grundgesetz, in dem es geschlechtsneutral heißt, alle Menschen seien gleich, durch einen gesonderten Passus aber geklärt wird, daß damit auch Frauen gemeint sind, also Männer wie Frauen zu den Menschen zählen. Die Sozialdemokratin Elisabeth Seibert hat im Parlamentarischen Rat um diesen Passus hart ringen müssen. Ebenso darum, daß sich die Gleichheit auch auf das Geld bezieht. Protokollarisch ließ sie festhalten, „daß der Satz von der Gleichberechtigung für Mann und Frau beinhaltet, daß Mann und Frau bei gleicher Arbeit gleichen Lohn bekommen“. Bis weit in die fünfziger Jahre hinein hat es allerdings gedauert, bis Gesetze, deren eindeutig frauendiskriminierenden Inhalt man erkannte, umgeschrieben waren. Gefunden wurde einiges - aber längst nicht alles. Bei dem bisherigen Tempo werden die Gesetze wohl erst in hundert Jahren sprachlich für beide Geschlechter gelten: es sei denn, eine gewänne einen Musterfreispruch, nachdem sie eine Strafe nicht antreten muß, weil das Gesetz sich nur an Männer wendet.

Immerhin: Für Frauen bedeutete seit Ende der fünfziger Jahre der Trauschein nicht automatisch auch die Kündigung ihres Erwerbsarbeitsplatzes. Auch wurde die Kategorie der Frauenlohnklassen abgeschafft - leider allerdings nur auf dem Papier. Neue Niedriglohnstufen, die nicht mehr den alten Namen trugen, wurden den weiblichen Beschäftigten zugewiesen. Gleiche Arbeit ungleich zu bezahlen, blieb untersagt. Daß eine gleichwertige Arbeit ungleich bezahlt wurde, mußte jede einzelne Beschäftigte nachweisen und vor Gericht einklagen. Wirklich gerührt hat an dieses Mißverhältnis indessen niemand. Gewiß: Von Gewerkschaftsseite wurde Rechtsschutz gegeben und die Betroffenen durften zu den Kongressen kommen und über ihren Frauenlohnkampf am Mikrofon berichten.

Das Thema Frauenlöhne hatte in der Gesetzgebung wie in den Tarifverhandlungen jedoch nie Priorität. Das Parlament, die Parteien, die Gewerkschaften und die Unternehmensleitungen blieben auf Jahrzehnte hinaus unverrückbare Bastionen des Patriarchats, jenseits dessen, was Frauenkämpfe kurzfristig zu verändern vermochten. Konnte frau vom Arbeitgeberpatriarchat sowieso keine selbstlosen Leistungen erwarten, so reichten die Tarifvorstellungen auf der nicht weniger patriarchalen Arbeitnehmerseite gerade bis zur Lohntüte der Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder. Und das sind bisher noch Männer: Dieselben die in der grundgesetzlich geschützten Institution Familie auf den Tisch hauen (und hoffentlich nur dorthin), wenn sie beweisen wollen, wer der Herr im Hause ist. Und die sich in Parteiversammlungen noch brüsten: „Meine Frau braucht nicht zu arbeiten“.

Daß ein Parlament keine Männerdomäne ist, der Zeitgeist also auch nicht auf Dauer vor anderen Institutionen halt machen würde, ist in den letzten Jahren immer deutlicher geworden. Als die kleine, öffentlichkeitswirksame Partei der Grünen gar von den eigenen Frauen zur Quotierung ihrer Mandate und Funktionen gezwungen wurde, war ein Signal gesetzt, das weit über die Ökopartei hinauswirkte.

Das Signal kam in der Sozialdemokratischen Partei an. Bedenken, die dort vorher gegen die Quote bestanden hatten, wurden ad acta gelegt, genauso wie die Hoffnungen, die eigenen Parteigenossen könnten aus Einsicht in die Notwendigkeit der Emanzipation der Frau handeln.

Der egalitäre Zug der Frauenbewegung erreichte mehr und mehr die Frauen in den Institutionen. Keine fühlte sich im Patriarchat mehr so recht zu Hause. Kaum eine war mehr stolz auf das, was sie allein erreicht hatte. Die meisten begannen darauf zu achten, daß sie beim Erklettern der Politikleiter nicht etwa allein auf der höheren Sprosse hängen blieben. Das Leiden der Alibi-Frau wird inzwischen nicht mehr angestrebt. Die Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen, Inge Wettig-Danielmeier, brachte es auf den Nenner: „Ich war immer eine Alibifrau und in den Gremien als Frau allein. Heute wäre ich gern eine Quotenfrau. Dann bin ich wenigstens nicht mehr allein.“

Die Erfahrungen unverminderter Diskriminierungen waren es, die die Frauen in der Quotenfrage geeint haben. Selbst diejenigen, die Quoten nach wie vor nicht für die Ideal-Lösung halten, setzen sich für sie ein, weil sonst zu wenige Frauen sich als Kandidaten durchsetzen können. Renate Schmidt, stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende und frauenpolitische Sprecherin: „Der Anpassungsdruck auf die Einzelne ist auch zu stark, wenn zu wenige Frauen durchkommen.“ Fast ist es ein Generationenproblem in der SPD geworden, daß Frauen noch sagen: „Ich hatte es auch nicht leichter. Warum sollen es die Frauen nach mir leichter haben?“

Immerhin: Männer sind dabei, die Art und Weise, in der sie über Frauen reden, zu verändern. Ein wenig zumindest. Mann beginnt Frauen, die ein Drittel und künftig fast die Hälfte aller Delegierten stellen, als Machtfaktor ernst zu nehmen. Nach schlichter Altväter Art lassen sich Frauen nicht mehr abkanzeln. Der männliche Karriereplaner kalkuliert entweder bereits den Machtfaktor Frau ein, oder er stellt sich immer grundsätzlicher gegen die Gleichstellung und kämpft gegen sie an.

Gleichstellungsstellen, die im öffentlichen Dienst bei Stellenvergaben ihr Wörtchen mitzureden haben, eine Arbeitsgemeinschaft von Frauen, die ihre Seilschaften in Vorständen organisieren kann: Nur reale Machtanteile vermögen, die Situation von Frauen zu verändern.

Obwohl in der Bevölkerung stets in der Mehrheit: Der Weg zum Selbstbewußtsein über die eigene Macht war beschwerlich. Ganze Frauengruppen

zogen sich aus den gemischten Institutionen zurück, um jenseits des Dauer-Selbstbehauptungskampfes gegen männliche Kollegen erst einmal für sich herauszufinden, was verändert werden müsse, damit diese Gesellschaft auch für Frauen lebenswert wird. Von der Frauenbewegung gebrochene Tabus, wie das der Gewalt gegen Frauen, bewirkten, daß auch die institutionelle Gewalt gegen Frauen zum Thema wurde. Der Tabubruch innerhalb der Institutionen hatte zur Folge, daß in den Parteien um das eigene frauenpolitische Themenspektrum gerungen wurde. Griffen konkurrierende Parteien Frauenthemen schneller auf, mußten diese in den eigenen Reihen mit noch mehr Nachdruck versehen werden.

Matriachale Tupfer im patriarchalen Grau in Grau? Auch wenn Frauen noch weit davon entfernt sind, fünfzig Prozent der Macht zu besitzen, so sind sie sich doch bewußter denn je, qua Geschlecht mehr als fünfzig Prozent des Wahlvolkes zu stellen. Von Wahl zu Wahl pingeliger rechnen Wählerinnen, wie auch die Parteifrauen selbst, die Frauenquote nach, die die Parteien präsentieren.

Der Frauenkampf gehört nicht einer Partei. Politisch überparteilich ist er die Auseinandersetzung unseres Jahrhunderts um soziale Gleichstellung von mehr als der Hälfte der Bevölkerung. Keine der in den vergangenen 150 Jahren um ihr Recht kämpfenden Klassen besaß zahlenmäßig denselben Anteil an der Bevölkerung. Und keine dieser Klassen war sich der eigenen Unterdrückung so bewußt, wie es heute die Frauen in ihrer Mehrheit sind.

Da ist es eher verwunderlich, daß die politischen Parteien so spät begriffen, daß diejenige unter ihnen, die die Rechte der Frauen am ehesten einlöst, den fettesten Anteil der Wählerinnen und auch im Zuwachs ihrer Mitgliedschaft für sich verbuchen kann. Männliche Denkbarrieren helfen längst auch in der CDU/CSU nicht mehr. Inzwischen wird der Druck der Frauen auf die eigenen männlichen Machtinhaber in der CDU/CSU von Woche zu Woche stärker, die in der SPD diskutierte Quote nicht auf die leichte männliche Schulter zu nehmen.

Von Wählerinnen sind die Institutionen des Arbeitnehmerpatriarchats, die Gewerkschaften, nicht abhängig. Insofern sind Veränderungsprozesse hier noch langsamer und sie vollziehen sich komplizierter. Auch wenn die Gewerkschaften schon seit Jahren den realen Mitgliedszuwachs aus den Reihen der weiblichen Beschäftigten erhalten, und die Zahl der weiblichen Mitglieder in den Betriebs- und Personalräten kontinuierlich ansteigt, so fehlt hier trotz aller innergewerkschaftlicher Frauenkämpfe der entscheidende Druck, Frauen in Leitungsgremien der Interessenorganisationen der Beschäftigten angemessen zu beteiligen.

In den zentralen Vorständen der Gewerkschaften scheint das noch etwas einfacher möglich. In den Bezirken dagegen gibt es - ähnlich der kommunalen Ebene in den Parteien - deutliche Widerstände, eine Frau zur Bevollmächtigten zu ernennen. Die Frauenförderpläne stehen in vielen Gewerkschaften

bislang nur auf dem Papier. Nicht umsonst haben sich die Organisationen auch nicht durch Sanktionen gebunden, die verabschiedeten Pläne einzuhalten.

Die besten Beschlüsse der gewerkschaftlichen Frauenkonferenzen über die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit nutzen wenig, wenn es keinen Weg gibt, sie gegenüber der Mehrheit der Organisation oder den Vorständen durchzusetzen. Da kann auch eine ÖTV-Vorsitzende nichts ausrichten, wenn als Kriterium, was als Arbeitszeitverkürzung realisiert wird, allein die Bereitschaft der städtischen Müllabfuhr zählt, im Arbeitskampf Streikposten zu übernehmen. Frauenforderungen, die die tägliche Arbeitsbelastung in Erwerbs- und Familienarbeit herabsetzen wollen, müssen da immer noch zwangsläufig auf der Strecke bleiben.

Hier müssen neue Wege gesucht werden. Unterbewertete Arbeitsbereiche von Frauen müssen in den Einzugsbereich gewerkschaftlichen Handelns aufgenommen werden. Wenn 60 Milliarden Arbeitsstunden im Jahr überwiegend von Frauen im Haushalt geleistet werden, dann ist das mehr, als im gesamten Bereich der Erwerbsarbeit überhaupt gearbeitet wird. Die einkommensmäßige Null-Lösung für diese Arbeit ist eine Folge ihrer mangelnden Organisation. Wenn heute nicht nur Hausfrauenverbände sondern auch die Hausfrauengewerkschaft die Interessenvertretung der Familienarbeiter/innen übernimmt, sollte man daraus die Schlußfolgerung ziehen, daß sich hier ein Feld für die Gewerkschaften selbst eröffnet. Seit den Anfängen der Frauenbewegung zu Beginn der siebziger Jahre, schreibt „Emma“, ist der Anteil der Frauen in den Gewerkschaften um fünfzig Prozent gestiegen. Hätten nicht auch die Familienarbeiterinnen ein Recht, sich entlang ihrer Interessen gewerkschaftlich zu organisieren? Hätten nicht überhaupt Frauen ein Recht, die Mehrheit in den Gewerkschaften zu stellen?

Die Zeiten, für die Frauen aus der Erwerbsarbeit aussteigen, um ein Kind zu erziehen, werden immer kürzer. Das Risiko, im Beruf nach der ersten Erziehungsphase keinen beruflichen Anschluß mehr zu finden, macht es vordringlich, gerade auch diese Frauen in der gewerkschaftlichen Frauenarbeit präsent zu halten. Immerhin kann es jeder Arbeitnehmerin passieren, daß sie unfreiwillig zur Dauerhausfrau wird. Die Chance zur Wiedereingliederung dieser Frauen, ihr Anschluß an das Berufsleben, ist ein gewerkschaftlicher Frauenkampf. Das gilt auch für die, die vorher dort nicht organisiert waren.

Es kann ja auch nicht angehen, daß nahezu alle erwerbstätigen Frauen einem doppelten Arbeitsstreß ausgesetzt sind, einer Verdoppelung ihrer Arbeitszeit. Hausarbeit ist ein gewerkschaftliches Thema, auch wenn der Nutznießer der Frauenarbeit - der Ehemann - nicht im traditionellen Sinne Arbeitgeber ist. Am Beispiel der Hausarbeit könnten die Gewerkschaften zeigen, in welchem Ausmaß sie es gelernt haben, mit den Kämpfen der neuen sozialen Bewegungen umzugehen. Je näher nämlich ein garantiertes Grundgehalt für alle rückt, das an die Stelle des hochherrschaftlichen Gnadenaktes Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe träte, desto eher wird es zu Lohnerhöhungs-

kämpfen in diesen Bereichen kommen. Die Hausarbeit ist dort mit Sicherheit der größte zu organisierende Bereich: Vor allem die Unzufriedenheit der Mütter wird niemand mehr wegdrängen können.

Seit Jahren zeichnet sich ab, daß die Gewerkschaften immer mehr Frauenthemen aufgreifen, auch wenn sie das - wie im Fall der Frauenförderpläne für die eigenen Organisationen - zum Teil erst langsam und manchmal unzulänglich tun: Von den Frauen sprechen sich immer mehr für radikale gesellschaftliche Eingriffe zugunsten von Frauen aus. Bereits kurz nachdem die Quotendiskussion eröffnet war, ermittelte der „Stern“ Ende 1986, daß knapp die Hälfte aller Frauen für Quotierung seien. Heute dürften das mehr geworden sein. In den USA bezeichneten sich in einer Gallup-Umfrage 56 Prozent aller Amerikanerinnen als Feministinnen, aber nur vier Prozent als antifeministisch. Je weiter man in der Einkommensstufe nach unten geht, so die US-Feministin Barbara Ehrenreich, desto mehr Frauen bezeichnen sich als Feministinnen. Je mehr an diesen Frauen die gesellschaftliche Entwicklung der Gleichstellung in Lohn und Fortkommen vorbeigeht, sich meßbar nur bei den Mittelschichtfrauen und Akademikerinnen niederschlägt, desto stärker wächst unter diesen Frauen die Bereitschaft zum Aufstand. An den gewerkschaftlichen Frauengruppen geht das nicht vorbei, ist zu spüren im Verhältnis zu den Frauengruppen der Parteien. Die eindeutige Mehrheit für die Streichung des Paragraphen 218 auf der Frauenkonferenz des DGB war ein deutliches Zeichen, das sich nicht mehr allein daraus erklären läßt, daß es ja nicht die Gewerkschaften seien, die dieses Thema im Parlament durchsetzen müssen.

Von daher wird auf die Gewerkschaften das heikle Thema der Umwertung der Hausarbeit - nicht moralisch sondern in barem Geld - zukommen. Unter den Gewerkschaftsfrauen ist es bereits in der Diskussion, und der alte Fehler, sich abzugrenzen von „den“ Hausfrauen, die „nichts tun“ unterläuft heute seltener als früher. Die Doppelbelastung steht schon seit langem auf der Klage-liste der Gewerkschafterinnen.

Ebenso wie sich die Gewerkschaften dagegen wehren, daß Frauen am Arbeitsplatz sexuell für die Chefs oder Kollegen verfügbar sind, könnte in den Gewerkschaften kritisiert werden, daß Kollegen direkt von der privaten Reproduktionsarbeit durch die Frauen profitieren. Auch die Arbeitgeber profitieren schließlich mittelbar, weil sie sich darauf verlassen können, daß ihre männlichen Arbeitskräfte wohl ernährt und gestärkt am Morgen wieder zur Arbeit kommen.

Der Begriff der Einheitsgewerkschaft sollte nicht ausschließlich auf die Einheit von parteipolitisch unterschiedlich orientierten Gewerkschaftern abstellen. Die Einheit muß auch hergestellt werden zwischen den verschiedenen sozialen Gruppen der Beschäftigten, zwischen Erwerbstätigen und Nicht-Erwerbstätigen, zwischen Männern und Frauen sowie zwischen erwerbstätigen und nichterwerbstätigen Frauen.

Einheit heißt nicht, daß Forderungen der Minderheit von der Mehrheit weggebügelt werden können. Geschlechtsspezifische Einheit der Gewerkschaften bedeutet, daß ausreichend Frauen in die Vorstände kommen. Einheit hieße, daß Frauenförderpläne aufs genaueste eingehalten werden und daß Betriebs- und Personalräte paritätisch zusammengesetzt werden. Wenn Frauen ihre Forderungen in die Tarifkommissionen einbringen könnten, die Frauenlöhne in den Tarifaueinandersetzungen deutlicher berücksichtigt würden, fänden sich auch Frauen, die dafür Streikposten stünden. Oder glaubt man noch, daß Streikposten vorwiegend Männer sein sollten, weil die Streikauseinandersetzungen an der Streikbrechergasse zu hart verlaufen?

Ein Weg der Unterstützung des innergewerkschaftlichen und innerbetrieblichen Frauenkampfes wäre das Gleichstellungs- oder Antidiskriminierungsgesetz, wie es in Diskussions-Entwürfen in der SPD-Fraktion vorliegt. Geschlechtspartitatische Mitbestimmung beider Geschlechter in allen Institutionen würde eine umfassende kulturelle Umgestaltung unserer Gesellschaft bewirken. Alle bekämen die Chance, nicht nur Härte in der Politik und der Erwerbsarbeit auszuleben. Eine Gleichverteilung der Pflichten ließe Männer wie Frauen die Chance, ihr Leben in neuen Spielräumen anders zu gestalten.

Die Fähigkeit zur Lebensfreude einer Gemeinschaft hängt - im großen wie im kleinen - immer davon ab, wie hart die Unterprivilegierten um ihre Rechte kämpfen müssen. Je härter die Frauen zu kämpfen gezwungen werden, desto entschiedener werden sie eroberte Positionen verteidigen. Im Interesse der Männer, der Gewerkschafter: Weder aus falscher Hilflosigkeit noch aus überheblich männlicher Arroganz sollten diese Ansprüche von Frauen ohne Entgegenkommen bleiben.

Wir brauchen gläserne Institutionen mit quotierten Eingangsbestimmungen. Vor allem am Anfang würden den Frauen vor Staunen die Augen übergehen, wenn sie sich all das Platzhirschgehabe anschauen, mit dem Männer sich untereinander behaupten. Sie würden vor Neid erblassen, wenn sie die hingestreckten Steigbügel sähen, die jungen Kollegen den Weg weisen, damit sie - um den Preis der Loyalität - möglichst schnell in Positionen Fuß fassen können. Frauen würden diese Steigbügel genußvoll sich und anderen Frauen hinhalten.

Noch üben die Frauen. Die über Jahrhunderte abtrainierte Solidarität unter Frauen ist wieder erlernbar, das hat sich gezeigt. Im Lernprozeß alte Konkurrenzen zu überwinden, war eine für alle am Frauenkampf Beteiligten erhebende Erfahrung. In absehbarer Zukunft werden sie genügend Frauen erlernt haben. Schon heute haben es die Männer nicht mehr mit den wenigen Alibi-Frauen zu tun, die nach unten, nach anderen Frauen, treten. Heute sind es Gruppen von Frauen, die sich überall auf den Weg gemacht haben, Frauengruppen, die mehrgleisig kämpfen: die sich eigene Organisationsformen geben, da wo sie noch nicht genügend Frauen gewonnen haben, aber deshalb den Kampf um die Richtung der Institutionen nicht aufgeben. Vielleicht

werden die Männer - wenn sie nicht von selbst nachgeben - bald ernsthaft um die eigene Gleichheit und um Gerechtigkeit für das eigene Geschlecht kämpfen müssen. Zu wünschen wäre es ihnen nicht.